

Einer zentralen Stelle alle Kompetenzen in Hinblick auf die Steuerung einer Wirtschaft und die Verwendung der vorhandenen produktiven Ressourcen zuzugestehen, die darüber hinaus mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet ist – und auch sein muss, soll das ganze funktionieren –, widerspricht jedem freiheitlichen Gedanken. Darüber hinaus wäre diese zentrale Stelle mit ungeheurer Macht ausgestattet. Diese Vorbehalte gelten selbst dann, wenn der Volkswirtschaftsplan demokratisch beschlossen wird, denn er würde auch für die gelten, die ihn ablehnen. Auch sie müssen, möglicherweise gegen ihren Willen, ihre individuellen Ressourcen – sie entsprechen dem Einkommen – zur Verfügung stellen, letztlich also auch eine Form der Fremdbestimmung akzeptieren.

DO IT!

Fasse über dieses Zitat noch einmal zusammen, warum sich eine zentral organisierte Volkswirtschaft nicht gut mit einer demokratischen Grundordnung verträgt.

„Endlich wird es ernst mit der Wärmewende“, schreibt der TAGESSPIEGEL aus Berlin. „Ein Gesetz dazu wird im Lauf des Jahres in Kraft treten. Zeit dafür ist es, denn der Gebäudesektor reißt seine Klimaziele immer wieder. Wenn Deutschland klimaneutral werden will, führt um den Elefanten im Raum – den fetten Verbrauch von fossilen Energien im Wärmesektor – kein Weg herum. Neue Heizungen sollen deshalb ab 2024 überwiegend aus erneuerbaren Energien gespeist werden. Das wird weniger heiß gegessen als gekocht werden, denn für Havarien gibt es Übergangsfristen. Trotzdem wird die Umsetzung ein Kraftakt“, hält der TAGESSPIEGEL fest.

Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG kommentiert: „Vermutlich würden alle Deutschen den folgenden Satz unterschreiben: Wir müssen endlich Abschied nehmen von den fossilen Energien – um erstens das Klima zu retten, und zweitens uns selbst vor Putin. Interessant wird es bei der Frage, was aus solch einem Bekenntnis folgt. Nach Meinung womöglich sehr vieler: bitte nichts.“

Die SÜDWEST PRESSE aus Ulm unterstreicht: „Natürlich müssen sukzessive Gas- und Ölheizungen ersetzt werden durch Wärmepumpen oder Fernwärme-Lösungen. Aber das geht nicht ad hoc. Wo sollen denn die Handwerker zum Verbauen der Heizungen herkommen? Und wer soll das bezahlen? Es braucht nicht nur mehr Zeit, sondern auch mehr Förderung“, findet die SÜDWEST PRESSE.

Die SÜDWEST PRESSE aus Ulm unterstreicht: „Natürlich müssen sukzessive Gas- und Ölheizungen ersetzt werden durch Wärmepumpen oder Fernwärme-Lösungen. Aber das geht nicht ad hoc. Wo sollen denn die Handwerker zum Verbauen der Heizungen herkommen? Und wer soll das bezahlen? Es braucht nicht nur mehr Zeit, sondern auch mehr Förderung“, findet die SÜDWEST PRESSE.

Die NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG argumentiert: „Ohne Energieberatung und Überprüfung des energetischen Gebäudezustandes wird es kaum gehen. Doch Energieberater sind schwer zu kriegen. Zudem sind die Lieferfristen bei Wärmepumpen lang, die Anschaffungskosten hoch und die Fördermöglichkeiten kaum zu durchschauen. Hinzu kommt der Fachkräftemangel im Installationsbereich. Deshalb haben Verbände der Wohnungswirtschaft recht, wenn sie durchdachte und finanzierbare Konzepte fordern. Habeck sollte den Klima-Hardlinern in seinem Ministerium vielleicht in einer ruhigen Minute erklären, dass dem Klimaschutz nicht geholfen wird, wenn der Staat Traumschlösser baut, die sie in der Praxis für viele Eigenheimbesitzer wie Schikane anfühlen. Die Bürger müssen mitgenommen werden“, fordert die NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG.

Aus der Presseschau des Deutschlandradios zum Plan des Bundeswirtschaftsministeriums, neue Öl- und Gasheizungen ab dem Jahr 2024 zu verbieten. - Bringe Sie mit dem oben stehenden Zitat in Verbindung

DO IT!